

PRESSEINFORMATION 65/2022

Zu den Wirtschaftshilfen des Landes

BWIK-Präsident Christian O. Erbe: „Begrüßen, dass die Landesregierung den Rettungsschirm des Bundes ergänzt“

Stuttgart, 10. November 2022 – Zu dem in der heutigen Regierungserklärung vorgestellten eigenen Hilfsprogramm des Landes führt Christian O. Erbe, Präsident des Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammertages (BWIK), aus: „Wir begrüßen, dass die Landesregierung den Rettungsschirm des Bundes mit eigenen Maßnahmen ergänzt. Auf die Notwendigkeit hat die Wirtschaft hingewiesen. Nicht nur unsere Konjunkturmfrage, sondern auch die täglichen Anrufe bei den Kammern im Land zeigen eindrücklich, wie belastend sich die Energiekrise auf unsere Betriebe auswirkt. Besorgniserregend ist, dass viele Unternehmen die gestiegenen Energiepreise selbst schultern und nicht an die Kunden weitergeben können. Hier sind schnelle Liquiditätshilfen nötig. An der Stelle setzt auch das Landesprogramm an.“

Erbe weiter: „Wir warten aber auf weitere Konkretisierungen bei den Maßnahmen des Bundes. Viele Punkte sind noch ungeklärt. Es steht für mich außer Frage, dass die Gaspreisbremse für weite Teile der KMU auf Februar vorgezogen werden muss. Und selbst dann bleibt eine offene Förderlücke für den Wintermonat Januar, die gedeckt werden sollte. Hier braucht es trotz der Hilfen des Landes auch den angekündigten Härtefallfonds.“

Diese und weitere Presseinformationen unter www.bw.ihk.de/medien/pressemitteilungen

Ansprechpartner für Medienschaffende:

BWIK | Kommunikation
Tobias Tabor
Telefon 0711 225500-64
E-Mail: tobias.tabor@bw.ihk.de

Der Baden-Württembergische Industrie- und Handelskammertag (BWIK) ist eine Vereinigung der zwölf baden-württembergischen Industrie- und Handelskammern (IHK). In Baden-Württemberg vertreten die zwölf IHKs die Interessen von mehr als 650.000 Mitgliedsunternehmen. Zweck des BWIK ist es, in allen die baden-württembergische Wirtschaft und die Mitgliedskammern insgesamt betreffenden Belangen gemeinsame Auffassungen zu erzielen und diese gegenüber der Landes-, Bundes- und Europapolitik sowie dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK) und anderen Institutionen zu vertreten.